

Pressemitteilung

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/4518**

**An den
Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

Per E-Mail

17. Mai 2004

Stellungnahme der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein
zum Antrag der CDU Fraktion - Konsequenzen der Landesregierung
aus dem „Kopftuch-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichtes -

Die GEW Schleswig-Holstein befürwortet, dass Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches aus religiösen und weltanschaulichen Gründen an öffentlichen Schulen nicht erlaubt sein soll.

Das Kopftuch ist nicht allein ein Symbol, um eine individuelle religiöse Haltung zum Ausdruck zu bringen. Es steht vielmehr auch als ein Zeichen für die Ungleichheit von Frauen und Männern und für die gesellschaftliche Unterordnung von Frauen. Es steht daher im Grundsatz der Gleichheit und Gleichberechtigung im Sinne des Grundgesetzes entgegen.

Ein derartiger Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes ist mit dem gesetzlichen Auftrag der Schule nicht vereinbar. Die damit verbundene Einschränkung der Religionsfreiheit für eine Lehrerin, die in der Schule aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen möchte, halten wir nach Güterabwägung gegenüber dem Gleichheitsgrundsatz und der Neutralitätspflicht des Staates für vertretbar, weil das Verbot sich ausschließlich auf den Dienst in der Schule beschränkt.

Wir weisen darauf hin, dass bisher kein einziger Fall einer Kopftuch tragenden Lehrerin in Schleswig-Holstein bekannt ist. Es besteht daher kein dringender Handlungsbedarf und das Thema kann in Ruhe beraten werden.

Die GEW fordert, die politische Diskussion über die Integration nicht auf das Problem Kopftuch tragender Lehrerinnen zu reduzieren. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus islamisch geprägten Ländern sollte vielmehr stärker in den Blick genommen werden. An verschiedenen Schulen bereitet beispielsweise die Nichtteilnahme muslimischer Mädchen am Schwimm- oder Sportunterricht sowie an Klassenfahrten Schwierigkeiten.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein



Pressemitteilung

Eine Einwanderungsgesellschaft wie Deutschland muss endlich Antworten auf eine der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen finden, und zwar die Integration von Migrantinnen und Migranten. Wir brauchen eine vernünftige Balance zwischen tatsächlicher Integration der Migrantinnen und Migranten, den Abbau von politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Benachteiligungen sowie konsequentes Festhalten an den Prinzipien des Grundgesetzes mit allen seinen Grundrechten für alle in Deutschland lebenden Menschen.